

postella gewinnt — und zwar an jedem Orte, wo es auch sei, ohne daß es notwendig ist, noch andere Gebete beizufügen und die Sakramente der Buße und des Altars zu empfangen. Dieses Privileg ist für den Portiunkulitag insofern suspendiert, daß am 2. August auch jene, die sonst dies Privileg haben auß'r den sechs Vaterunsern, Ave und Gloria auch die anderen Bedingungen, Beicht, Kommunion und Kirchenbesuch, erfüllen müssen, um den Portiunkula-Ablass zu gewinnen.

## Pastoral-Fälle.

**I. (Geldentwertung und Schuldenaufwertung vom Standpunkte der Moral.)** Unberechenbar sind die zahllosen und vielgestaltigen Kriegsschäden. Nicht der geringsten einer ist die bittere Verarmung fast des ganzen Mittelstandes und besonders der sogenannten kleinen Rentner. Wer vor dem Kriege die Rente eines Kapitals von 200.000 Mark oder Kronen bezog, konnte ein sorgenfreies Leben führen. Hatte er doch ein jährliches Einkommen von 8000 bis 10.000 Mark oder Kronen; was vollständig genügte für die eigenen Bedürfnisse und überdies oft noch für manche wohlthätige Gaben. Menschen, die ein derartiges Einkommen hatten, galten auf dem Lande als wohlhabend; in der Stadt aber wurden sie zum guten Mittelstand gerechnet. Waren sie praktizierende Katholiken, so beteiligten sie sich gerne an allen katholischen Werken der Caritas und des Kultus. Kam ein Geistlicher zu ihnen mit einem materiellen Anliegen, dann fand er stets liebevolles Entgegenkommen und meistens auch die gewünschte Unterstützung.

Heute sind diese ehemaligen Rentner bitter arm. Ihr früheres Kapital von 200.000 Mark oder Kronen ist wertlos geworden. Mit einer Rente von 8000 bis 10.000 Mark oder Kronen können sie nicht einmal einen einzigen Tag leben. Beim Anblick ihrer Not krampft sich uns das Herz zusammen. Unter den vielen, vielen Fällen sei nur einer herausgegriffen, der dem unterzeichneten Referenten besonders nahe geht. Eine ältere, alleinstehende Dame hatte vor dem Kriege eine Kapitalrente von 8000 Mark. Sie führte mit ihrem Dienstmädchen ein bescheidenes und doch wohlhabendes Leben. Was sie durch Sparsamkeit erübrigte von ihrem jährlichen Einkommen, wurde alles für karitative und religiöse Zwecke verwendet. Gott allein weiß, wieviel Gutes sie in ihrer feinen Art gespendet hat. Da sie außerdem über hervorragende persönliche Charaktereigenschaften verfügte, stellte sie auch noch ihre ganze Person mit großem Erfolge in den Dienst der Caritas und der Religion. Wenn sie eine Sache in die Hand nahm, konnte man sicher sein, daß dieselbe gelang. Da kam der Krieg und mit ihm die langsame, aber stetig fortschreitende Entwertung ihres Vermögens. Dazu gesellten sich noch allerhand Krankheiten. Die Folge war, daß die frühere Wohlhabenheit immer mehr schwand und daß die Rente von 8000 Mark nicht



mehr, auch nicht für den allerbescheidensten Unterhalt genügte. Was nun anfangen? Eine lohnende Erwerbstätigkeit war nicht möglich wegen Krankheit und vorgeschrittenem Alter. Helfende Verwandte oder Bekannte waren auch nicht vorhanden. Schweren Herzens entschloß sich die Dame, alles Entbehrliche zu veräußern. Zunächst kamen Kunstgegenstände an die Reihe, die seit altersher in der Familie waren. Dann das Silberzeug; dann die persönlichen Schmuckgegenstände, ja sogar Kleidungsstücke und Möbel. Aber dieses Verkaufen mußte schließlich auch mal ein Ende nehmen, weil eben nichts Entbehrliches mehr da war.

Nun kehrte die bitterste Armut ein in die leeren Wohnräume, die früher so behaglich eingerichtet waren. Gegenwärtig ist die über sechzig Jahre alte Dame, die ihr ganzes Leben Wohltaten mit vollen Händen gespendet hatte, so arm, daß sie selbst nur mehr von Almosen leben muß.

Dies ist nur ein Fall unter tausend ähnlichen. Und was ist Ursache von all diesem Elend? Es ist die beispiellose Geldentwertung, wenigstens hauptsächlich. Diese Geldentwertung hat aber nicht bloß Privatpersonen schwer getroffen, sondern auch das Kirchengut. Zahlreiche Kirchenstiftungen waren nämlich in sogenannten mündelsicheren Darlehen angelegt. Was aber vor dem Kriege ein mündelsicheres Darlehen war, ist heute vielfach gänzlich wertlos! Nehmen wir z. B. an, daß in einer Pfarrei Meßstiftungen waren im Betrage von 10.000 Mark. Die Zinsen dieser Summe waren bestimmt für jährlich 100 heilige Messen. Heute kann nicht einmal eine einzige Messe gelesen werden für das ganze Kapital nebst den Zinsen. Auch an bischöflichen Kurien, an geistlichen Studienanstalten, an Krankenhäusern, an religiösen Instituten u. s. w. bestanden in Deutschland viele und gute Stiftungen, deren Kapitalien in sicheren Wertpapieren angelegt waren. Heute haben diese Wertpapiere fast nur mehr reinen Papierwert. Alles ist verloren infolge der beispiellosen Geldentwertung.

Es wird da vielleicht jemand sagen, das alles ist leider wahr, aber daran ist nun einmal nichts zu ändern. Der Krieg ist an allem schuld. Man muß sich in das Unabänderliche eben schicken.

Darauf ist zu erwidern, daß nackte Tatsachen zwar sehr mächtig sind, aber noch lange nicht immer ein wirkliches Recht begründen und denjenigen, dem diese Tatsachen günstig sind, noch lange nicht von jeder moralischen Verpflichtung entbinden. Bekanntlich hat ja Pius IX. in seinem Syllabus den Satz verworfen: „Jus in materiali facto consistit“ (Denz. n. 1759). Freilich sind die geknechteten Mittelmächte gegenwärtig zahlungsunfähig; es ist ihnen rein unmöglich, den früheren Kurswert des Geldes wieder herzustellen, aber damit ist noch lange nicht bewiesen, daß die mit dem früheren Gelde vom Staate oder von Privaten kontrahierten Schulden nun ein für allemal getilgt sind. Denn wenn ein Privatmann Bankrott gemacht hat und seine Gläubiger von ihm etwa bloß 5% ihrer rechtmäßigen Guthaben zurückerhalten, so sind damit seine moralischen Verpflichtungen keineswegs erloschen. Kommt er nämlich später wieder zu Vermögen, so ist er im Gewissen



verpflichtet, seinen Gläubigern den Rest ihrer Guthaben zu bezahlen. So lehren fast alle Moralthologen. Das gilt nun auch vom Staat. Derselbe ist gegenwärtig gleichsam bankrott und sicher zahlungsunfähig. Er kann gegenwärtig seinen Gläubigern fast nichts zurückzahlen. Aber wir dürfen und sollen doch hoffen, daß der jetzige Zustand nicht ewig dauern, daß vielmehr eine bessere Zukunft wieder erscheinen wird. Dann aber hat der Staat die heilige Pflicht, seine früheren Gläubiger, die ihm in größter Not nach besten Kräften geholfen haben, ebenfalls nach besten eigenen Kräften zu entschädigen.

Man sage auch nicht, dem Staate komme das Obereigentumsrecht über den ganzen Besitz seiner Untertanen zu. Er könne daher diesen Besitz enteignen und für sich in Anspruch nehmen, wenn das Allgemeinwohl es fordere; er könne deshalb auch seine Schulden gegen die Gläubiger enteignen, d. h. mit anderen Worten, einfach nicht bezahlen, wenn das Allgemeinwohl dies erfordere. Diese Begründung ist ungenügend. Denn erstens sind lange nicht alle Gläubiger des Staates eigene Untertanen. Nach vielen, vielen Millionen zählt nämlich das Papiergeld, das im Auslande ist, und diese ausländischen Besitzer von Papiergeld sind doch nicht Untertanen des Schuldnerstaates, der das Papiergeld ausgegeben hat. Freilich, wenn diese Ausländer — wie es viel vorkam — eine wilde Spekulation mit dem Papiergeld getrieben und gehofft haben, außergewöhnlich hohe Gewinne einzuheimsen, so können sie sich nicht beklagen, daß ihre Hoffnung bitter getäuscht worden, und sie nicht außergewöhnliche Gewinne, sondern außergewöhnliche Verluste getroffen haben. Jeder nämlich, der Börsenspekulation treibt, muß auch einen unverhofften Verlust tragen. Aber im Auslande befinden sich nicht bloß derartige Spekulant, die keineswegs zu bemitleiden sind, sondern auch zahllose wohlgesinnte Menschen, die aus selbstloser Sympathie z. B. die Kriegsanleihen gezeichnet haben. Und diese können nun nicht einfach expropriert werden von den Staaten, die Krieg geführt haben.

Ferner hat die staatliche Obrigkeit auch den eigenen Untertanen gegenüber kein unbeschränktes Obereigentums- oder Enteignungsrecht. Sonst wäre es um das Privateigentum geschehen, das doch im Naturrecht selbst begründet ist und deshalb von keiner menschlichen Gewalt kann abgeschafft werden (vgl. Leo XIII., Enzyklika „Rerum novarum“). Nur unter zwei Bedingungen darf der Staat des Untertanen Privateigentum antasten, nämlich: 1. wenn das Allgemeinwohl eine solche Enteignung gebieterisch fordert; 2. wenn für das enteignete Privatgut eine angemessene Entschädigung geleistet wird. Will zum Beispiel der Staat eine für das Allgemeinwohl nützliche Eisenbahnstrecke bauen, so kann er zwar die Felder der Bauern enteignen, aber er muß eine angemessene Entschädigung diesen Bauern gewähren. So kann auch der Staat nicht ohne angemessene Entschädigung das frühere Papier, welches ja nichts anderes als Staatsschuldschein ist, einfach wertlos erklären. Er muß dafür eine gewisse Entschädigung leisten. Freilich kann er das vorläufig nicht wegen seiner sonstigen furchtbaren Lasten



und wegen der gegenwärtigen Zwangslage. Aber ob ihm das nicht später möglich sein wird, ist durchaus nicht sicher. Hier gilt also der bekannte Satz: „Aufgeschoben ist noch nicht aufgehoben.“ Und dementsprechend sollten unsere leitenden Staatsmänner auch sprechen und handeln. Uebrigens bricht sich diese Einsicht langsam Bahn. Denn immer lauter erschallt in den Parlamenten der Ruf nach „Aufwertung der früheren Schuldforderungen“. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird über kurz oder lang eine solche Aufwertung wirklich kommen. Die letzten Verhandlungen im Deutschen Reichstage haben bereits in dieser Hinsicht dankenswerte Arbeit geleistet. Vorläufig müssen die Gläubiger des Staates sich freilich gedulden.

Leider hat sich in weiten Volkskreisen die falsche Ansicht eingebürgert: Der Staat bezahlt seine Schulden nicht, also brauche ich es auch nicht zu tun meinem Mitmenschen gegenüber, selbst wenn ich es könnte. Oder: Die Geldentwertung hat mir großen Schaden gebracht; also halte ich mich schadlos meinem eigenen Gläubiger gegenüber, indem ich meine früher kontrahierten Schulden mit dem entwerteten Papiergeld bezahle. Z. B.: Da hat Petrus dem Paulus im Jahre 1912 zum Bau eines Hauses 100.000 Mark gegen hypothekarische Sicherheit geliehen. Nachdem der Wert des Papiergeldes immer mehr gesunken war, kündigt Paulus die Hypothek und bringt im Jahre 1921 dem Petrus einen 100.000-Mark-Schein, der vielleicht in Gold noch 10 Mark wert war zur Abtragung seiner Hypothekarschuld. Da das Papiergeld Zwangsfurs hatte, mußte Petrus das Geld annehmen; die Schuld war vor dem Gesetze getilgt. Petrus konnte sich mit dem von Paulus zurück erhaltenen Gelde vielleicht ein Paar Schuhe zweiter Sorte kaufen; Paulus hingegen hatte sich 1912 mit dem von Petrus empfangenen Gelde ein schönes Haus gebaut, das er noch besitzt. — — Meiner Ansicht nach ist das eine schreiende Ungerechtigkeit, und wenn auch vor dem bürgerlichen Gesetze Paulus dem Petrus nichts mehr schuldet; im Gewissen und vor Gott muß er ihm den im Jahre 1912 erhaltenen vollen Wert noch zurückerstatten, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ein allgemein angenommener Grundsatz sagt: „Nemo debet ditescere ex re aliena.“ Niemand darf sich mit fremdem Gute bereichern. Nun hat Paulus mit dem von Petrus erhaltenen Gelde sich ein schönes Haus gebaut, das er auch jetzt noch besitzt. Ohne dieses Geld hätte Paulus das Haus nicht bauen können. Dafür hat er später einen fast wertlosen Papierschein dem Petrus zurückgegeben, den dieser unter dem Drucke ungerechter Zivilgesetze zur Tilgung seines Guthabens annehmen mußte. Paulus ist also auf Kosten des Petrus um nahezu 100.000 Goldmark reicher geworden; was doch gewiß ungerecht ist; er hat die strenge Gewissenspflicht, den Petrus schadlos zu halten; wenigstens wenn dieser nicht freiwillig und ohne Gesetzeszwang auf sein früheres Guthaben verzichtet.

2. Zwischen Petrus und Paulus bestand ein gültiger Darlehensvertrag. Man hat zwar in letzter Zeit wieder sehr viel geredet und ge-



schrieben über das Wesen des modernen Darlehensvertrages und viele wollen denselben nicht mehr gesten lassen als gleichbedeutend mit dem alten *contractus mutui* (vgl. A. Weiß, *Apologie des Christentums* IV 794 ff.; H. Pesch, *Lehrbuch der Nationalökonomie* V, 726 ff.). Indes das wenigstens steht fest: Geld ist eine *res primo usu consumptibilis*. Also geht sie beim Darlehen sofort in das Eigentum des Darlehensempfängers über, der daher auch für das geliehene Geld auf alle Fälle haften muß. Der aus diesem Gelde erwachsene Nutzen oder Schaden gehört dem Darlehensempfänger allein. Leihst z. B. jemand 10.000 Mark und macht damit so glückliche Spekulationen oder Operationen, daß er nach wenigen Monaten weitere 10.000 Mark verdient hat, so gehört dieser Gewinn ausschließlich ihm; dem Darlehensgeber braucht er bloß das geliehene Kapital nebst den entsprechenden Zinsen zu bezahlen; den Rest kann er für sich behalten. Das leuchtet jedem ein. Hat aber der Darlehensempfänger Verluste mit dem geliehenen Gelde, so muß er auch diese allein tragen; er muß trotzdem dem Darleiher die ganze entlehnte Summe nebst Zinsen zurückgeben. Wenden wir dies nun praktisch auf das Darlehen von Petrus an. Paulus wurde im Jahre 1912 sofort Eigentümer des empfangenen Geldes, mit allem damit verbundenen Risiko; er mußte bloß dem Petrus den empfangenen Geldeswert nebst den entsprechenden Zinsen später zurückerstatten. Er baute mit dem Gelde ein Haus. Selbstverständlich gehörte auch dieses Haus nebst allem damit verbundenen Risiko dem Paulus; wäre es z. B. abgebrannt, so hätte Paulus allein den Schaden zu tragen und müßte trotzdem dem Petrus den empfangenen Geldeswert nebst Zinsen zurückgeben. Glücklicherweise hat Paulus durch das Haus keinen Schaden erlitten; vielleicht hat er auch nicht großen Nutzen erlangt; aber ob Nutzen oder Schaden, das ist irrelevant; Paulus muß dem Petrus den 1912 empfangenen Geldwert zurückerstatten und nicht etwa Papiergeld, das nicht einmal den tausendsten Teil des damaligen Geldwertes besitzt.

Aber vielleicht wird Paulus zu seiner Entschuldigung anführen das sogenannte *periculum sortis*, das stets mit dem Darlehensvertrage für den Darleiher verbunden ist. In diesem Falle war nun einmal das *periculum sortis*, das Risiko für das Kapital, sehr groß und hat leider den Petrus hart betroffen. Daran ist jetzt nichts mehr zu ändern. Petrus hat den Schaden allein zu tragen, gerade so wie Paulus den Schaden allein hätte tragen müssen, wenn sein Haus durch Erdbeben oder Feuerbrunst zerstört worden wäre. — Dieser Einwurf ist bei näherem Zusehen nicht stichhältig. Denn das *periculum sortis* ist ein besonderes Risiko, welches dem Darleiher entsteht aus der etwaigen Zahlungsunfähigkeit des Darlehensempfängers. Dieser aber ist im vorliegenden Falle nicht zahlungsunfähig, sondern will einfach nicht zahlen, weil er weiß, daß er dazu nicht vom bürgerlichen Richter gezwungen wird. Vor dem göttlichen Richter ist er aber darum keineswegs seiner strengen Verpflichtung los; und ich glaube fest, daß auch des göttlichen Richters



Stellvertreter, der Beichtvater nämlich, ihn nicht lossprechen kann von dieser Verpflichtung.

Aber sollen nicht Beichtväter und Seelsorger die Gläubigen in bona fide lassen, die meinen, sie hätten durch minderwertiges Papiergeld ihre früher bedeutend mehrwertigen Schulden bezahlt? Eine ernste, folgenreiche Frage dies! — Eine ganze Reihe von Beichtvätern wenden in unrichtiger Weise das sonst richtige Prinzip an: Poenitenti favendum est, oder man soll dem Pönitenten keine Pflicht auferlegen, wenn es nicht absolut notwendig ist. — Es ist ja gewiß schön und recht, möglichst milde gegen den Pönitenten zu sein; aber man bedenke doch auch, daß diese Milde gegen den Pönitenten oft eine tadelnswerte Grausamkeit gegen andere Mitmenschen verursacht. Wenn z. B. im vorliegenden Falle der Beichtvater in großer Milde den Paulus lospricht von der vollwertigen Rückzahlung der kontrahierten Schuld oder ihn auch nur in bona fide läßt, so kann er eine große Grausamkeit gegen Petrus begehen, der früher etwa ein kleiner Rentner war und jetzt bitter arm geworden ist. Uebrigens darf der Beichtvater nur dann für den Pönitenten eine milde Ansicht anwenden, wenn diese wirklich und solid probabel ist. Mit dem besten Willen kann ich nicht die Probabilität dieser Ansicht einsehen, die eine in Goldwert kontrahierte Schuld als getilgt betrachtet, wenn dafür fast wertloses Papiergeld zurückbezahlt wurde. Außere Probabilität kommt dieser Ansicht nicht zu, weil meines Wissens bisher keine bedeutenden Theologen dieselbe verteidigt oder auch nur erörtert haben. Innere Probabilität aber erst recht nicht. Denn die beiden dafür angegebenen Beweise sind doch allzu armselig. Man sagt: a) Der Staat macht es auch so. Also darf ich es ebenfalls so machen, b) Das Papiergeld hatte Zwangskurs; also durfte ich denselben zu meinem Vortheile ausnützen, wie es übrigens zahllose andere Mitmenschen, und zwar auch gegen mich, getan haben. Der erste Beweis verdient nicht einmal ein Wort der Erwiderung. Wenn man das alles nachahmen dürfte, was die Staaten je getan haben, dann wären Schrecklichkeiten wie die ersten Christenverfolgungen, Raub von Kirchengut u. s. w. nachahmenswert. Der zweite Beweis beweist ebenfalls nichts. Denn Zwangskurs des Geldes und Geldwert sind keineswegs identisch. Der Zwangskurs des Geldes war notwendig, weil sonst der gesamte Handel gestockt hätte. Aber dieser Zwangskurs stand im umgekehrten Verhältnisse zum Geldwerte. Trotz Zwangskurs sank nämlich der wirkliche Geldwert in schwindelhaftes Tiefen. Milliarden, ja Billionen Papiermark hatten sozusagen gar keinen realen Wert mehr. Also ist und bleibt es trotz allem Zwangskurse eine pure Ungerechtigkeit, wenn jemand einen früher erhaltenen realen Wert durch einen fast wertlosen Papierschein ersetzen will.

Aus den bisherigen Ausführungen scheint mir klar hervorzugehen, daß durch die Ausnützung der fabelhaften Geldentwertung viel Unrecht geschehen und daß in dem oben angeführten Falle Paulus noch nicht alle Schuld gegen Petrus abgetragen hat. Ferner sehe ich nicht ein, warum man gegen manche Kriegsgewinner und die Neureichen nachsichtig



sein soll, zum Nachteil so vieler hart geschädigter Mitmenschen. Auch scheint es mir sehr empfehlenswert, daß alle Seelsorger die Aufwertung der früheren Schuldforderungen lebhaft befürworten; sie leisten dadurch manchem ohne Schuld verarmten Mitmenschen und besonders auch dem hart in Mitleidenschaft gezogenen Kirchengut einen großen Dienst. Ich vermisse bisher die notwendige Mitarbeit der Seelsorger in dieser eminent karitativen und sozialen Tätigkeit. Freilich soll damit nicht gesagt sein, daß nun die Seelsorger von der Kanzel herab unter Androhung der Höllestrafen fordern müssen, daß alle, die sich in Ausnützung der Geldentwertung bereichert haben, ersatzpflichtig sind. In manchen Fällen ist die Sache nämlich so kompliziert, daß eine Lösung nach strenger Gerechtigkeit kaum möglich ist und daß nichts anderes übrig bleibt, als eine gegenseitige freiwillige Verzichtleistung. Hauptzweck dieser Zeilen ist, Klerus und Volk anzufeuern: 1. gegen so viele Kriegsgewinner und Neureichen, die ihren Besitz erlangt haben einzig durch Ausbeutung der Not des Vaterlandes und ihrer Mitmenschen; 2. für die möglichste Wiederherstellung des ungerecht geschädigten Privat- und Kirchengutes. Freiburg (Schweiz). Dr Brümmer O. P., Univ.-Prof.

II. (**Leichenverbrennung.**) Ein Mann verliert seine geliebte Frau durch Tod und läßt sie bestatten. Nach einiger Zeit muß er übersiedeln und läßt daher den Leichnam seiner verstorbenen Frau exhumieren und ihn auf dem Friedhofe seines neuen Wohnortes beisetzen. Infolge seines Berufes ist er genötigt, ungefähr jedes zweite Jahr seinen Wohnsitz zu verändern, weshalb er, um die Ueberreste der Frau leichter mitnehmen zu können, beschließt, diese im Krematorium einäschern zu lassen, um sie in der Urne überallhin bequem schaffen zu können. Ist in diesem Falle die crematio erlaubt?

Die Antwort kann nur lauten: **Nein.** Um aber ganz klar in dieser Frage vorzugehen, muß man unterscheiden: den tätigen, bezw. verursachenden Teil — das ist hier der Mann —, und den leidenden Teil — die Frau; ferner die Unerlaubtheit einerseits und die Straffolgen der Tat anderseits.

I. Schon das Wiederausgraben des Leichnams der Frau ist an sich verboten; das kann nur erlaubt werden durch die Bewilligung des Ordinarius (can. 1214, § 1). Sollte man die Ueberreste der Frau von anderen Leichen oder Ueberresten nicht genau unterscheiden können, so darf der Ordinarius die Erlaubnis zur Ausgrabung gar nicht erteilen (can. 1214, § 2). Im vorliegenden Falle wird der Ordinarius die Erlaubnis, auch wenn man die Leiche der betreffenden Frau genau kennt, kaum erteilen können, da es sich um eine fortgesetzte Störung der Grabesruhe einer heimgegangenen Person handelt. Der Wunsch des Mannes, die Ueberreste seiner Frau in seiner Nähe zu haben, entspringt offenbar einer Grille; denn die Seele der Verewigten ist die Hauptsache.

Der Mann erkennt selbst das Lästige der oftmaligen Ausgrabung und wiederholten Beisetzung und darum fesselt ihn der Gedanke an die „poesievolle Aschenurne“ seiner Frau. Freilich ist hiebei die Gefahr nicht